

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Kempfner** CSU
vom 21. 11. 91

Verstaatlichung kommunaler Schulen

1. Wie viele Anträge auf Verstaatlichung liegen von kommunalen Schulen vor?
2. Wie verteilen sich diese Anträge auf Gymnasien, Realschulen, Wirtschaftsschulen, Berufsschulen, Berufsoberschulen, Fachakademien?
3. Um welche Schulen handelt es sich im einzelnen?
4. Wann haben die einzelnen Schulen oder ihre Träger die Anträge gestellt?
5. Zu welchem Zeitpunkt wird es nach Meinung der Staatsregierung möglich sein, kommunale Schulen zu verstaatlichen?
6. Nach welchen Kriterien werden die Anträge zu gegebener Zeit behandelt werden?

Antwort

des **Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Zu 1.:

Dem Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst liegen derzeit insgesamt noch **39 Anträge auf Verstaatlichung kommunaler Schulen** vor.

Zu 2.:

Die Anträge auf Verstaatlichung kommunaler Schulen verteilen sich auf

- 6 Gymnasien
- 8 Realschulen
- 4 Berufsschulen
- 10 Wirtschaftsschulen
- 5 Berufsoberschulen
- 2 Fachakademien
- 4 Fachschulen.

Zu 3.:

Im einzelnen liegen für folgende Schulen Anträge auf Verstaatlichung vor:

1. Gymnasien:
 - Städt. Wirtschaftswissenschaftl. Gymnasium Bayreuth
 - Städt. Eichendorff-Gymnasium Bamberg
 - Städt. Mozart-Gymnasium Würzburg

Städt. Schönborn-Gymnasium Würzburg

Städt. **Nürnberg-Kolleg Nürnberg**

Städt. Wirtschaftswissenschaftl. Gymnasium Schweinfurt

2. Realschulen:

- Städt. Realschule Memmingen
- Städt. Realschule Weißenhorn
- Städt. Realschule für Mädchen Kempten
- Städt. Realschule Bamberg
- Städt. Realschule für Knaben Würzburg
- Städt. Mädchenrealschule Rosenheim
- Städt. Realschule Fürth (Hans-Böckler-Schule)
- Realschule des Marktes Prien

3. Berufliche Schulen:

a) Berufsschulen:

4 Berufsschulen in Würzburg der Stadt Würzburg

b) Wirtschaftsschulen in

- Amberg der Stadt Amberg
- Ansbach der Stadt Ansbach
- Bayreuth der Stadt Bayreuth
- Bamberg der Stadt Bamberg
- Bad Aibling des LK Rosenheim
- Fürth der Stadt Fürth
- Bad Wörishofen des Zweckverbandes Wörishofen
- Schwabach der Stadt Schwabach
- Würzburg der Stadt Würzburg
- Eggenfelden der Stadt Eggenfelden

c) Berufsoberschulen in

- Bayreuth der Stadt Bayreuth
- Ingolstadt der Stadt Ingolstadt
- Landshut der Stadt Landshut
- Aschaffenburg der Stadt Aschaffenburg
- Würzburg der Stadt Würzburg

d) Fachakademien in

- Münnerstadt des LK Bad Kissingen
- Vilshofen des LK Passau

e) Fachschulen in

- Schweinfurt der Stadt Schweinfurt (Technikerschule)
- Kempten des Zweckverbandes (Technikerschule)
- Aschaffenburg der Stadt Aschaffenburg (Technikerschule)
- Hof der Stadt Hof (Technikerschule)

Zu 4.:

Die Schulträger haben teilweise nach der ersten Antragstellung ihre Anträge mehrmals wiederholt. Im fol-

genden wird jeweils die erstmalige Antragstellung genannt.

1. Gymnasium:		Antragstellung:
Städt. Wirtschaftswissenschaftl. Gymnasium Bayreuth		November 1970
Städt. Eichendorff-Gymnasium Bamberg		Dezember 1970
Städt. Mozart-Gymnasium Würzburg		März 1971
Städt. Schönborn-Gymnasium Würzburg		März 1971
Städt. Nürnberg-Kolleg Nürnberg		Januar 1972
Städt. Wirtschaftswissenschaftl. Gymnasium Schweinfurt		Juli 1973
2. Realschulen:		
Städt. Realschule Memmingen		1952
Städt. Realschule Weißenhorn		Februar 1957
Städt. Realschule für Mädchen Kempten		1967
Städt. Realschule Bamberg		Dezember 1970
Städt. Realschule für Knaben Würzburg		Mai 1971
Städt. Mädchenrealschule Rosenheim		Januar 1973
Städt. Realschule Fürth (Hans-Böckler-Schule)		1974
Realschule des Marktes Prien		Oktober 1978
3. Berufliche Schulen:		
Schulart	Träger	Antrag auf Verstaatlichung
a) Berufsschulen:		
Würzburg 4 Berufsschulen	Stadt Würzburg	April 1975
b) Wirtschaftsschulen		
Amberg	Stadt Amberg	April 1970
Ansbach	Stadt Ansbach	Mai 1970
Bayreuth	Stadt Bayreuth	November 1970
Bamberg	Stadt Bamberg	Dezember 1970
Bad Aibling	LK Rosenheim	Oktober 1971
Fürth	Stadt Fürth	Januar 1974
Bad Wörishofen	Zweckverband Wörishofen	September 1974
Schwabach	Stadt Schwabach	November 1975
Würzburg	Stadt Würzburg	Juni 1978
Eggenfelden	Stadt Eggenfelden	Juli 1990

c) Berufsschulen:		
Bayreuth	Stadt Bayreuth	Januar 1974
Ingoletadt	Stadt Ingoletadt	März 1974
Landshut	Stadt Landshut	Februar 1975
Aschaffenburg	Stadt Aschaffenburg	März 1975
Würzburg	Stadt Würzburg	April 1975

d) Fachakademien:		
Münnerstadt	(LK Bad Kissingen)	März 1973
Vilshofen	(LK Passau)	August 1978

c) Fachschulen:		
Schweinfurt (Technikerschule)	Stadt Schweinfurt	Juli 1973
Ketapten (Technikerschule)	Zweckverband	Dezember 1975
Aschaffenburg (Technikerschule)	Stadt Aschaffenburg	November 1986
Hof (Technikerschule)	Stadt Hof	Januar 1987

Zu 5.:

Die wesentliche Wirkung der Verstaatlichung einer kommunalen Schule liegt darin, daß der Staat den Personalaufwand für das Lehr- und Verwaltungspersonal übernimmt. Grundvoraussetzung für die Verstaatlichung von kommunalen Schulen ist deshalb die Bereitstellung von Planstellen im Staatshaushalt. Dies ist seit einer Reihe von Jahren nicht mehr erfolgt und hat seinen Grund u.a. darin, daß die beschränkten Haushaltsmittel primär dafür verwendet werden müssen, daß sich die Unterrichtssituation der staatlichen Schulen im Hinblick auf die steigenden Schülerzahlen nicht verschlechtert. Die Verlagerung von Personalausgaben von den Kommunen auf den Staat würde keine Vorteile in schulischer Hinsicht bringen. Da die allgemeine Haushaltslage keinen Spielraum mehr für zusätzliche Planstellen hierfür hergeben wird, kann auch in absehbarer Zeit nicht mit einer Verstaatlichung kommunaler Schulen gerechnet werden.

Zu 6.:

Sollte sich eine Möglichkeit für die Verstaatlichung kommunaler Schulen wieder eröffnen, so müßte als wichtigstes Kriterium wohl der Zeitpunkt der Antragstellung maßgebend sein, wenn nicht allen Anträgen gleichzeitig entsprochen werden könnte. Daneben sind aber auch Sonderfälle denkbar, wenn dies aus schulischen Belangen zwingend notwendig erscheint.